

# WKO und Sozialpartnerschaft

Buchpräsentation  
7. September 2022  
AK Wien

Thomas Paster  
Associate Professor  
Universität Roskilde (Dänemark)



# Übersicht

- Haltung der WKO zur Sozialpartnerschaft
- Herausforderungen an das sozialpartnerschaftliche Rollenverständnis der WKO

# WKO und Sozialpartnerschaft

- Trotz Wandel, international vergleichsweise hohe Stabilität der Sozialpartnerschaft in Ö
- Diese Stabilität beruht auch auf Unterstützung durch WKO
- In manchen Ländern zunehmende Kritik der Arbeitgeberverbände an sozialpartnerschaftlichen Institutionen

## Beispiele:

Schweden in den 1990ern (Pontusson und Swenson, 1996; Blyth 2003)

Deutschland in den 1990ern und 2000ern (Kinderman 2006, Menz 2005)

UK (Farnsworth 2004, Wilks 20013)

# Beispiel: Pensionsreformen 2003/2004

- Initiative der ÖVP/FPÖ Regierung
- Lebenseinkommensprinzip (45-65-80 Regel), flexibles Pensionsantrittsalter mit Abschlägen, Abschaffung der vorzeitigen Alterspension,..
- Regierung bindet Sozialpartner nicht ein
- Proteste und Streiks der Gewerkschaften
- WKO: Kritik an Vorgehensweise der Regierung: Forderung nach Einbindung der Sozialpartner um sozialen Frieden zu sichern

# WKO Aussagen zu den Pensionsreformen 2003/2004

„[Die Sozialpartnerschaft] hat großen Praxisbezug und im Gegensatz zur oft kurzatmigen Politik die langfristige Perspektive. Daher hätte man gerade bei einer so komplexen Materie wie der Pensionsreform erwarten können, dass sie eingebunden wird.“

Christoph Leitl, Präsident der WKO (Wirtschaftsblatt, 25. April 2003, S.2)

„Wenn wir mit diesem Standortvorteil spielen, geht das eigentlich viel, viel weiter. Da geht es um Vertrauenswürdigkeit. Viele Investitionen sind genau darauf zurückzuführen, dass bei uns sozialer Frieden herrscht. Daher soll man mit diesem Vertrauenskapital nicht leichtfertig umgehen.“

Christoph Leitl, Präsident der WKO (Wirtschaftsblatt, 25. April 2003, S.2)

# Die Handlungsorientierung der WKO

Sozialpartnerschaftliche Handlungsorientierung: Orientierung auf Verhandlung und Kompromiss statt Konfrontation

Politische Institutionen ermöglichen diese Orientierung:

## 1. Pflichtmitgliedschaft

- Keine Gefahr von Verbandsflucht: Mehr Autonomie bei Verhandlungen
- Pflichtmitgliedschaft selbst jedoch Gegenstand von Kritik durch unzufriedene Mitgliedersegmente

## 2. Vertretung der gesamten Privatwirtschaft in einer Organisation

- Partikularinteressen haben weniger Gewicht als in manchen anderen Ländern
  - Heterogenität der Interessen: Notwendigkeit des internen Interessenausgleichs höher
- Beide Faktoren fördern sozialpartnerschaftliche Konfliktaustragung

# Herausforderung Nr. 1: Änderungen in den politischen Rahmenbedingungen

- Politische Unterstützung für sozialpartnerschaftliche Kompromisse während ÖVP/FPÖ Koalitionen nicht vorhanden
- Neue Akteure, welche Sozialpartnerschaft kritisch sehen: NEOS, Agenda Austria, ...
- IV-Kritik an Sozialpartnerschaft
- Alternative politische Einflusskanäle für WKO: z.B. Lobbying und informelle Kontakte zu ÖVP-Politiker:innen
- Resultat: Höherer Legitimationsdruck auf sozialpartnerschaftliche Orientierung der WKO

# Herausforderung Nr. 2: Heterogene Mitgliederinteressen

## EPU vs. AG-Interessen

- Anteil EPUs and Mitgliedern gestiegen: von ca 30-35 % (1990er) auf 60 % (2021)
- Unterschiedliche Interessen z.B. bei Pensionen, Lohnpolitik

Definition Ein-Personen-Unternehmen (EPU):

Einzelunternehmen und GesmbHs ohne unselbständig Beschäftigte (auch ohne geringfügig Beschäftigte)



# Herausforderung Nr. 2: Heterogene Mitgliederinteressen

## Einzelhandel vs. Exportindustrie

- Bsp: Inflation/Lohnpolitik: Kaufkraft vs. Wettbewerbsfähigkeit

## KMUs vs. Großunternehmen in der Industrie

- Unterschiede zB in der Produktivität und in den Lohnstückkosten

# Kritik an Pflichtmitgliedschaft

Kritik an Kammersystem & Pflichtmitgliedschaft: FPÖ, Neos, Teile der Industrie und IV

1995/96 Mitgliederbefragung: 81,7 % für Pflichtmitgliedschaft

2007 Stärkung der Kammern per Verf.-Novelle

2008 Haselsteiner (STRABAG): Beschwerde gegen Pflichtmitgliedschaft bei der Europ. Kommission

2008/09 Verfassungsbeschwerde gegen Pflichtmitgliedschaft durch eine Gruppe von 6 Industrieunternehmen: VA, Magna, Prinzhorn, Pölsch, Kapsch, Sattler Textil

2014 NEOS: NR-Antrag auf Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft

Wahlbeteiligung bei Kammerwahlen langfristig gesunken (1985: 80%, 2020: 33,7 %) → geringere Identifikation mit WKO?

# Fazit

- WKO als Stütze der Sozialpartnerschaft wichtig
- Sozialpartnerschaftliche Orientierung der WKO jedoch seit den 1990ern erhöhtem Legitimationsdruck ausgesetzt
- Zentrifugale Tendenzen durch Heterogenität der Mitgliederinteressen und WKO-kritische Unternehmen (jedoch deutlich weniger stark als bspw. In DE)
- Weniger politische Rückendeckung für Sozialpartnerschaft: WKO wirkte hier für Sozialpartnerschaft bisher stabilisierend
- Polarisierung im Parteiensystem überträgt sich nicht auf die Sozialpartnerschaft: auch wegen Handlungsorientierung der WKO!
- Parallelität von Verhandlungsorientierung und Lobbying (abhängig vom Politikfeld)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

[Paster@ruc.dk](mailto:Paster@ruc.dk)

<https://thomaspaster.wordpress.com>